



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Jan Korte, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0) [REDACTED]

FAX +49 (0) [REDACTED]

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 24. Januar 2018

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Januar 2018**
HIER **Arbeitsnummer 1/183**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene Schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Dr. Günter Krings

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof
Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Jan Korte
vom 17. Januar 2018
(Monat Januar 2018, Arbeits-Nr. 1/183)

Frage

Wo genau sieht die Bundesregierung die "Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit der Türkei bei dem, was wir unter Terrorismus verstehen" (Sprecherin des Bundesinnenministeriums in der Zeitung DIE WELT vom 17.1.2018) im Fall des wegen des Vorwurfs der "Terrorpropaganda" inhaftierten Journalisten Deniz Yücel und wie genau wird die Bundesregierung in der Zusammenarbeit deutscher und türkischer Sicherheitsbehörden rechtsstaatliche Grundsätze garantieren?

Antwort

In der Zeitung DIE WELT vom 17. Januar 2018 wird die in der Frage nur auszugsweise zitierte Stellungnahme des Bundesinnenministeriums insgesamt wie folgt wiedergegeben:

„Eine Sprecherin des Hauses von Minister Thomas de Maizière (CDU) betonte auf Anfrage dieser Zeitung die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit der Türkei bei dem, was wir unter Terrorismus verstehen. Deutschland sei Ausgangspunkt und Ziel dschihadistischer Terroristen, deren Reisewege nach und von Syrien über die Türkei führen.

Ein Zusammenhang mit dem Fall des wegen des Vorwurfs der „Terrorpropaganda“ inhaftierten Journalisten Deniz Yücel besteht nicht. Die Bundesregierung kann diesen Tatvorwurf nicht nachvollziehen und fordert die Freilassung von Deniz Yücel.

Die im Grundgesetz niedergelegten rechtsstaatlichen Maßgaben sind selbstverständlich stets sachleitend für jede Handlung deutscher Sicherheitsbehörden im In- und Ausland.